Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 90 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 18 | Freitag, den 22. Januar 1926 | 21. Jahrgang

Bonn wird geräumt.

Bonn, 20. Jan. Die Räumung Bonns durch die Franzosen steht unmittelbar bevor. In Bonn wird mit der Rückgabe großer beschlagnahmter Gebäude noch in dieser Woche gerechnet. Die Kasernen sind bis auf die Abwicklungsstellen geräumt. Beuel, wo 83 französische Familien und 80 Mann Tanktruppen untergebracht waren, ist seit gestern von der Besatzung vollständig frei. Godesberg, wo von den in voriger Woche abgezogenen französischen Truppen ein Aufräumungskommando zurückgelassen wurde, ist ebenfalls vollständig geräumt. In Siegburg wird heute nachmittag 5 Uhr die französische Flagge heruntergeholt. Die Truppen des 110. französischen Infanterieregiments verlassen die Stadt abends 6 Uhr; sie werden unmittelbar nach Frankreich befördert. Nach ihrem Abzug wird ein Kommando von einem Offizier und 40 Jägern einquartiert. In Troisdorf ist nur noch eine französische Familien zurückgeblieben, die aber ebenfalls bald nach Frankreich zurückkehrt.

Die Trennung Ober- und Niederschlesiens vor dem Provinziallandtag.

Ratibor, 20. Jan. Der Oberschlesische Provinziallandtag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung in der Hauptsache mit dem Gesetz über die Trennung und Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien. Hierzu nahm er eine Entschließung an, in der er mit größtem Nachdruck die endgültige Durchführung der Provinzgesetze sowohl hinsichtlich der staatsrechtlichen als auch der kommunalen Selbstverwaltung verlangte. Eine Ausnahmebehandlung Oberschlesiens würde als eine gegen Treu und Glauben verstoßende Nichteinlösung feierlichst gegebener Zusagen empfunden werden. Insbesondere erklärte er, unter keinen Umständen auf die Errichtung der Oberschlesischen Landesversicherungsanstalt zu verzichten. Bezüglich des Landeskulturamtes sprach er die dringende Bitte aus, das Gesetz vom 25. Juli 1922 baldigst zur Durchführung zu bringen.

Der Provinziallandtag beschloß ferner, den zuständigen Reichs- und Staatsstellen Maßnahmen zur Linderung der wirtschaftlichen und sozialen Not in Oberschlesien vorzuschlagen. Hierauf vertagte er sich bis zum nächsten Monat.

Der türkische Zolltarif auf deutsche Waren herabgesetzt.

Berlin, 20. Jan. Wie verlautet, hat die türkische Regierung ihre Generalzolldirektion nunmehr angewiesen, auf deutsche Waren wieder wie bisher die Koeffizienten anzuwenden. Die bei der Anwendung des Koeffizienten 8 als Depot hinterlegten Unterschiedsbeträge werden zurückgezahlt. Damit ist der vertragsmäßige Zustand wieder hergestellt.

Jungdo gegen vaterländische Verbände.

Gegen den „Hochmeister" des Jungdeutschen Ordens Mahraun und seinen „Ordenskanzler" Bornemann ist nicht nur wegen Hochverrats, sondern auch wegen Landesverrats ein Verfahren eingeleitet worden. Der Oberreichsanwalt hat den Oberreichsgerichtsrat Brüdert aus Leipzig nach Berlin geschickt, der gestern im Gebäude des Reichsministeriums des Innern Mahraun und Bornemann vernommen hat.

Das Organ des „Jungdeutschen Ordens" behauptet erneut, daß dem Verfahren eine Denunziation „nationalbolschewistischer" Kreise zugrunde liege. Nach den Behauptungen des „Jungdeutschen Ordens" versuchen diese Kreise durch den Vorwurf des Hoch- und Landesverrats die Ordensleitung bei ihren Mitgliedern unmöglich zu machen. Infolgedessen macht der „Jungdo" jetzt gegen die „Vaterländischen Verbände" in einer Weise Front, die selbst für die sich gegenseitig dauernd bekämpfenden nationalistischen Gruppen außergewöhnlich scharf ist. „Der Jungdeutsche" veröffentlicht zahlreiche Protestkundgebungen und „Treugelöbnisse" der einzelnen Ballein, Bruderschaften, Schwesternschaften und Bemarkungen.

Freispruch im Prozeß Pölzing-Prüfert.

München, 20. Jan. Um 7 Uhr wurde das Urteil im Prozeß Pölzing-Prüfert verkündet. Die beiden Angeklagten wurden freigesprochen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

Der allgemeine Beamtenbund für einen Volksentscheid über die Fürstenabfindung.

Berlin, 21. Jan. Der Vorstand des Allgemeinen Beamtenbundes hat nach einer Mitteilung des „Vorwärts" beschlossen, die sozialdemokratische und kommunistische Partei zu einer gemeinsamen Sitzung zu laden, die voraussichtlich noch in dieser Woche stattfinden soll. In der Sitzung soll der Bundesvorstand zwischen den beiden Parteien vermitteln, um dem Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der früher regierenden Häuser eine einheitliche Grundlage zu geben.

Bombenattentat gegen einen Deutschen in Oberschlesien.

Berlin, 20. Jan. Wie das „Berliner Tagebl." meldet, wurde in Ober-Lazisk in dem polnischen Teil Oberschlesiens in ein Gasthaus eine Bombe geworfen, die beträchtlichen Sachschaden anrichtete. Da der Wirt des Gasthauses ein Deutscher ist, vermutet man, daß ebenso wie seinerzeit bei dem Attentat auf die „Kattowitzer Zeitung", ein Anschlag von polnischer Seite vorliegt.

Deutschland auf der Abrüstungskonferenz.

Berlin, 21. Jan. Die „Voss. Ztg." will erfahren haben, daß zu den Verhandlungen der Abrüstungskommission des Völkerbundes das Mitglied der demokratischen Reichstagsfraktion Graf Heinrich von Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington, von deutscher Seite entsandt werden soll.

Italienische Drohungen.

Rom, 20. Jan. In einem offensichtlich inspirierten Leitartikel schreibt der „Messaggero" scharf polemisierend gegen die deutschen Pressestimmen in der Südtiroler Frage und die Aufrufe des Verbandes der vaterländischen Vereine, in der diese zum Boykott Italiens auffordern. Italien verfolge in Südtirol nur die Politik der Aufrechterhaltung der Staatsautorität und nicht eine Politik der Unterdrückung der deutschen Bevölkerung. Es sei zu hoffen, daß die Berliner Regierung sich in ihrer offiziellen Politik deutlich von der Pressekampagne, den Bestrebungen einzelner Gruppen unterscheiden werde, da letztere nur zur Entfremdung beider Völker führen können und als Gegenwirkung Italiens wenig erwünschte politische Ueberraschungen für Deutschland nach sich ziehen müßte.

Senator Johnson über die Kriegspropaganda der Entente.

Newyork, 20. Jan. Der bekannte republikanische Senator Hiram Johnson übte in seiner großen Senatsrede gegen den Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof scharfe Kritik an der für diesen Beitritt in Amerika betriebenen Propaganda des Auslandes. Er stellte dabei fest, daß immer deutlicher erkannt werde, wie unwahr die Propaganda im Kriege gewesen sei. Durch das Geständnis des englischen Generals Charteris sei die Geschichte von der deutschen Kadaververwertung als Lüge erwiesen, auch die Nachrichten über die deutschen Greuel in Belgien hätten sich als unwahr herausgestellt.

Vor politischen Konflikten in Rumänien.

Paris, 20. Jan. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Bukarest wird angekündigt, daß es leicht zu innerpolitischen Konflikten kommen könne, wenn die Regierung im Februar oder März versuchen sollte, die Wahlen hinauszuschieben. Besonders die Bauernpartei sei für alle Möglichkeiten gerüstet, da sie ihre Rechte mit Gewalt verteidigen wolle.

Bukarest, 20. Jan. Die auswärts verbreitete Nachricht, daß im Zusammenhang mit dem Verzicht des Prinzen Karol in Rumänien eine Kundgebung gegen die Regierung erfolgt sei, entbehrt jeder Grundlage. Allgemein wird der Entschluß des Prinzen bedauert, aber nachdem er einmal gefaßt ist, hat sich jedermann mit ihm abgefunden. Die politischen Parteien sowohl wie auch die großen Blätter haben in aller Form erklärt, daß sie die Frage als endgültig gelöst ansehen.

Die neuen Männer.

Wilhelm Külz steht vor der Vollendung seines 51. Lebensjahres. In Borna in Sachsen geboren, besuchte er die Grimmaer Fürstenschule, studierte auf der Universität in Leipzig Jurisprudenz und Nationalökonomie, stieg in der Kommunalverwaltung schnell auf. Zuerst in sächsischen Städten. Dann 1904—1912 Oberbürgermeister in Bückeburg, 1912—1923 in Zittau. Seit 1923 ist er Zweiter Bürgermeister von Dresden. Schon in Bückeburg nahm er aktiv am politischen Leben teil. Dem Reichstag gehört er seit 1920 an. Im Kriege hat er als Major vom Anfang bis zu Ende an der Westfront teilgenommen.

Unseren Lesern ist Dr. Külz ein alter Bekannter. Sein außerordentlich reiches Arbeitsprogramm konnte ihn nicht davon abhalten, unserer Redaktion allwöchentlich einen Beitrag über wichtige Tagesereignisse zu senden.

Dr. Peter Reinhold ist im April 1920 sächsischer Finanzminister geworden. Er steht heute im Alter von 38 Jahren. Vor seiner Berufung in die sächsische Regierung war er Verleger des „Leipziger Tageblatts". Er gilt als einer der besten Finanzmänner im Deutschen Reiche; schon vor einem Jahre hatte ihn Dr. Luther als Reichsfinanzminister in Aussicht genommen. Dem Sächsischen Landtage gehört Dr. Reinhold als Abgeordneter an.

Der Rechtsanwalt am Kammergericht **Dr. Julius Curtius**, der neue Reichswirtschaftsminister, stammt aus Duisburg (geboren 7. Februar 1877). Er studierte in Kiel, Straßburg und Bonn, war während der Referendarzeit fast ein Jahr wissenschaftlich in Paris tätig. Dem Reichstag gehört er seit 1920 an, wo er sich zum rechten Flügel der Volkspartei hält.

Zur Besetzung des Wirtschaftsministeriums.

Berlin, 20. Jan. Das „Berliner Tageblatt" verzeichnet die aus Zentrumskreisen stammende Nachricht, daß der Zentrumsabgeordnete Dr. Perlitius die Uebernahme des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft abgelehnt habe und das Zentrum nunmehr beabsichtige, den Reichstagsabgeordneten Landwirt Blum (Krefeld) in Vorschlag zu bringen.

Regierungserklärung am Dienstag.

Berlin, 20. Jan. In der heutigen Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages wurde vereinbart, daß die Entgegennahme der Programmerklärung der neuen Reichsregierung auf die Tagesordnung der Plenarsitzung vom Dienstag nächster Woche gesetzt werden soll. In den Tagen bis dahin soll die dritte Lesung des Reichshaushaltplanes für 1925 erledigt werden und zwar in Anbetracht des vorgerückten Etatsjahres in abgekürzter Form.

Die Nachfolger in Sachsen.

Die Kabinettsbildung im Reiche wird nicht ohne Rückwirkungen auf Sachsen bleiben, die schon daraus folgern, daß zwei Sachsen in das Reichskabinett eintreten. Dr. Külz, der von den Demokraten zunächst für den Reichswehrministerposten an Stelle Geßlers vorgesehen war, wird trotz der Uebernahme des Reichsinnenministeriums seinen Dresdner Bürgermeisterposten beibehalten und von hier aus nur beurlaubt werden. Der zum Reichsfinanzminister ernannte sächsische Finanzminister Dr. Reinhold wird seinen Posten nicht vor Freitag antreten. Am Donnerstag wird er voraussichtlich im sächsischen Landtag noch seine Etatrede halten. Sein Nachfolger in Sachsen wird wahrscheinlich der demokratische Landtagsabgeordnete und Direktor der Sächsischen Bank,

Geh. Rat Dr. Dehne.

Dehne, der dem Landtage seit 1920 angehört, steht auf dem rechten Flügel der Demokratischen Partei. Er verfügt über hervorragende Kenntnisse auf dem Gebiete des Verwaltungs- und Finanzwesens und zeichnete sich bisher durch seine sachliche Behandlung aller Fragen aus.

Külz contra Külz.

Bismarck als stellvertretender Landrat hat einmal im Auftrage seiner vorgesetzten Behörde einen Schriftwechsel mit sich selbst als dem Gutsbesitzer Bismarck geführt. So auch der neue Reichsinnenminister Dr. Külz. Bei der Eröffnung der gestrigen Reichstagssitzung brachte Präsident Löbe unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses ein Schreiben zur Verlesung, in welchem der Reichsinnenminister um die Genehmigung zu einer Privatklage nachsucht gegen — den Herrn Reichsinnenminister Abgeordneten Dr. Külz! Ohne Ansehen der Person . .